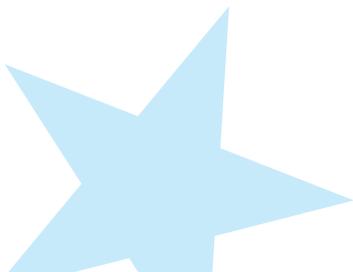
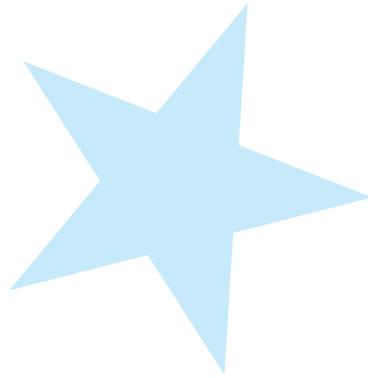
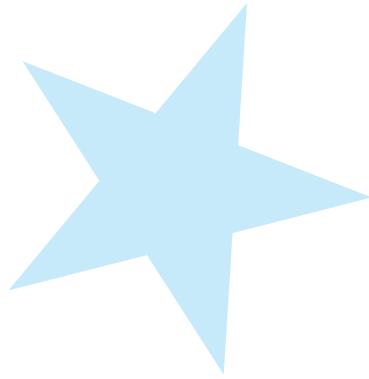
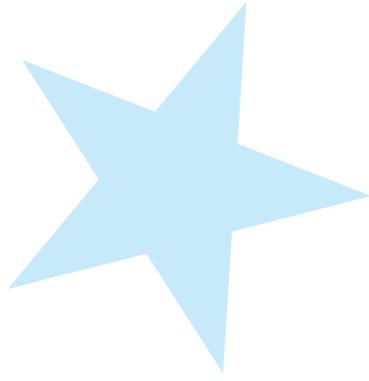
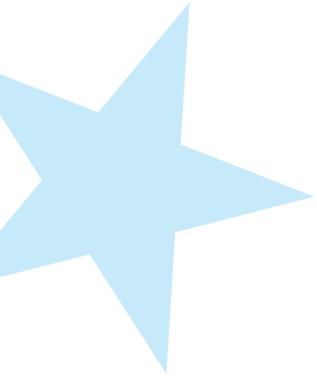




Geschäftsbericht **2008-2012**







Inhalt

Vorwort von Peter Heesen und Fritz Neugebauer – Präsidenten der CESI	4
Das Präsidium	8
Aktivitäten der Gremien	10
Kommission für „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ (SOC)	14
Kommission „Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter“ (FEMM)	15
Berufsrat „Zentralverwaltung und Finanzen“	16
Berufsrat „Sicherheit“	17
Berufsrat „Verteidigung“	18
Berufsrat „Justiz“	19
Berufsrat „Gesundheit“	20
Berufsrat „Bildung“	21
Berufsrat „Post und Telekom“	22
Berufsrat „Lokale und Regionale Verwaltung“	23
Schwerpunkte	24
Die öffentlichen Dienste als wesentlicher Bestandteil des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells!	26
Die CESI im Sozialen Dialog	28
Steuereffizienz und -gerechtigkeit: ein budgetärer und sozialer Imperativ, der qualifiziertes Personal voraussetzt	30
Akademie Europa	32
Mitgliedsorganisationen	34

Vorwort

& Peter Heesen
Fritz Neugebauer

Präsidenten der CESI





Bereits auf dem letzten CESI-Kongress 2008 standen gewerkschafts- und europapolitische Themen unter dem Eindruck der Krise. In ihrem Leitantrag zur Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise rief die CESI die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten unter anderem dazu auf, eine effektive Bankenaufsicht einzurichten, antizyklische Konjunkturpolitiken zu betreiben und auf eine EU-Steuerharmonisierung hinzuwirken. Vor allem aber warnte die CESI davor, die Krise zu weiterem Sozialabbau zu missbrauchen.

Der Finanzkrise folgte die seit 2009 andauernde Staatsschuldenkrise im Euroraum, und anstelle mächtiger Konjunkturpakete stehen heute drastische Sparprogramme auf der Tagesordnung. Die CESI unterstützt die Bemühungen zur Herbeiführung langfristiger Haushaltskonsolidierungen durch Schuldenabbau. Dies garantiert zum einen die Handlungsfähigkeit der Staaten, ist andererseits Ausdruck der Solidarität zwischen den Generationen.

Doch hat die CESI stets ihre große Sorge zum Ausdruck gebracht, dass Maßnahmen zur Bewältigung der Krise vielfach nur einseitig und kurzfristig beim Staat und seinen öffentlichen Einrichtungen ansetzen und so zur Einengung des gerade in Krisenzeiten so notwendigen staatlichen Handlungsspielraums führen. Auch spricht sich die CESI dagegen aus, im Zuge vermeintlicher wirtschaftlicher Erwägungen immer weitere Privatisierungen und die Auslagerung staatlicher hoheitlicher Aufgaben voranzutreiben. Dies gefährdet sowohl deren Nachhaltigkeit als auch die Wahrung der damit einhergehenden Schlüsselkompetenzen, die allzu leichtfertig aus der Hand gegeben werden.

Die europäischen Staaten und ihre öffentlichen Verwaltungen sind im europäischen Einigungsprozess Garanten für Frieden, Wohlstand und Demokratie. Sie sind Hüter von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit und setzen gemeinsam mit den europäischen

Institutionen die Rahmenbedingungen für Wachstum, Beschäftigung und Investitionen in der sozialen Wirtschaftsordnung Europas. Die CESI hat daher die Bedeutung und die Rolle des Staates und seiner Bediensteten stets besonders hervorgehoben. So werden Ihnen in diesem Bericht die Aktivitäten und Forderungen der CESI, ihrer Kommissionen, Berufsräte und Akademie zur Erhaltung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste in Europa vorgestellt (siehe Seite 26).

Die CESI hat sich auch vehement gegen diejenigen Politiken gewandt, die kurzfristig auf Aufgabenkürzung abzielten, statt dem Erfordernis effizienter und fairer Staatseinnahmen gerecht zu werden. Gerade in Zeiten von Haushaltskonsolidierungen ist die Gewährleistung der Einnahmen der den Staaten rechtmäßig zustehenden Steuern nicht nur eine Frage des Haushaltens, sondern auch der Fairness. Um Steuereffizienz und -gerechtigkeit zu gewährleisten, müssen sich die Mitgliedsstaaten und die Europäische Union mehr als bisher der Bekämpfung des Steuerbetrugs und der Steuerflucht widmen. Die CESI hat sich somit vehement gegen einen kurzfristigen haushaltspolitischen Ansatz, der auf Personalabbau in den Steuerbehörden abzielt, ausgesprochen (siehe Seite 30).

Die CESI hat die Bemühungen um mehr Koordinierung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik in Europa begrüßt. Trotz ihrer schwerwiegenden negativen Auswirkungen bietet die derzeitige Lage auch eine einmalige Chance, denn spätestens seit der Staatsschuldenkrise ist allen bewusst, dass eine Währungsunion nur dann Erfolg haben kann, wenn sie von ebenbürtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Politiken auf EU-Ebene flankiert wird. Dies bedeutet neben der Verbesserung der finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerung zur Herbeiführung von Haushaltsdisziplin, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auch und vor allem die Stärkung sozial- und beschäftigungspolitischer Komponenten auf EU-Ebene.



Fritz Neugebauer

Präsident der CESI

Gerade in Zeiten von Haushaltskonsolidierungen ist die Gewährleistung der Einnahmen der den Staaten rechtmäßig zustehenden Steuern nicht nur eine Frage des Haushaltens, sondern auch der Fairness.

Die CESI muss sich besonders in dieser Zeit zusammen mit ihren Mitgliedsgewerkschaften für die europäische Idee und die europäische Einigung einsetzen. Die Antwort auf die derzeitigen Fragen nach einer weiterführenden europäischen Integration kann nur „mehr Europa“ lauten. Sie muss somit auch das Entstehen einer EU bejahen, die nicht nur die Binnenmarktfreiheiten sichert und fortbildet, sondern mehr denn je auf Grundrechte und Rechtsstaatsprinzipien achtet. Eine EU, die ihren Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bieten will, muss gleichzeitig auf Nachhaltigkeit, auf Vollbeschäftigung, auf sozialen Schutz und soziale Gerechtigkeit hinwirken. Eine EU also, deren Aufgaben und Ziele sich längst nicht mehr bloß auf die Vollendung des Binnenmarktes beschränken, sondern die auch entschieden europäisches Sozial- und Arbeitsrecht vorantreibt.

Die Fortentwicklung des sozialen Europas hat daher eine alles überragende Bedeutung, auch um die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Beschäftigten mit ebendieser sich vertiefenden europäischen Integration zu versöhnen. Dass die zunehmende Integration mit fortschreitender Entwicklung und Festschreibung des europäischen Sozialmodells einhergehen muss, ist daher erklärtes Ziel der CESI. Dieses Verständnis des Sozialmodells, das eine der größten zivilisatorischen Leistungen darstellt, baut gleichermaßen auf Verantwortung und Solidarität. Diese weltweit alles andere als selbstverständliche Errungenschaft gilt es als Grundstein des europäischen Einigungswerks zu schützen und weiterzuentwickeln.

Daraus folgen zum einen die Einsicht, dass auch traditionell in den Kompetenzen der Mitgliedsstaaten liegende Bereiche der Sozial-, Arbeits- und Beschäftigungspolitik gesamteuropäische Auswirkungen haben und daher nicht mehr ausschließlich an einzelstaatlichen Ordnungsrahmen gemessen werden können, zum anderen das Bekenntnis zum Erfordernis europäischen sozialpolitischen Handelns durch Politik und Sozialpartner. Für die CESI als europäischer Gewerkschaftsdachverband bedeutet dies einerseits das Setzen möglichst hoher Mindeststandards im europäischen Arbeits- und Sozialrecht, andererseits die effiziente Anwendung von Mindestnormen in möglichst vielen Staaten Europas zur Vermeidung



von Sozialdumping. Die CESI hat ihren Teil der Verantwortung in diesem Bereich wahrgenommen, in dem sie sich seit dem letzten CESI-Kongress als anerkannter Sozialpartner in mehreren Ausschüssen des sozialen Dialogs intensiv beteiligt hat (siehe Seite 28). Darüber hinaus haben zahlreiche Seminare für ihre Mitglieder die Gelegenheit geboten, sozialpolitische Perspektiven mit europäischen und nationalen Entscheidungsträgern zu diskutieren (Seite 32).

Beruhend auf diesen Errungenschaften und dem Selbstverständnis der CESI ist auch der Weg des Gewerkschaftspluralismus und der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit entschieden fortzuführen und voranzutreiben. Denn Vielfalt, auch und gerade im gewerkschaftlichen Sinne, ist mehr als nur ein Schlagwort, es ist Ausdruck demokratischer Gesinnung und Werte und ist somit untrennbar mit dem Grundrechtekanon der EU und ihrer Mitgliedsstaaten verbunden.

Die europäische Einigung wird auch in den kommenden Jahren größere innere und äußere Spannungen aushalten müssen, und nicht zuletzt in solchen Zeiten wird der große Einsatz der Mandatsträger, Mitglieder und Mitarbeiter der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften von großer Bedeutung sein. Die CESI wird auch künftig für die europäischen Werte eintreten und ihre Stimme für das soziale Europa einbringen

Wir möchten daher dieses Vorwort nutzen, um allen, die sich an den Arbeiten der CESI aktiv beteiligt haben, zu danken. Dieser Dank gilt in Besonderem auch dem Ende 2011 aus dem Amt geschiedenen Generalsekretär **Helmut Müllers**. Ohne seinen Einsatz, dem Einsatz aller Mandatsträger, aller Mitglieder der Kommissionen und Berufsräte sowie dem bemerkenswerten Engagement der Mitarbeiter wäre die starke Positionierung der CESI seit 2008 nicht möglich gewesen. Dieses Engagement, das vom nachfolgenden Generalsekretär **Klaus Heeger** erfolgreich fortgesetzt wurde, zeigt, zusammen mit dem Beitritt neuer Mitgliedorganisationen, dass unsere Bestrebungen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung des europäischen Sozialmodells mehr denn je aktuell sind.

Für die kommenden vier Jahre wünschen wir der neuen CESI-Führung sowie dem gesamten CESI-Team weiterhin viel Erfolg!



Peter Heesen

Präsident der CESI

Die Fortentwicklung des sozialen Europas hat eine alles überragende Bedeutung, auch um die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Beschäftigten mit ebendieser sich vertiefenden europäischen Integration zu versöhnen.

Das Präsidium



Präsident

Peter Heesen

deutscher beamtenbund
und tarifunion (dbb)



Präsident

Fritz Neugebauer

Eurofedop / Gewerkschaft Öffentlicher
Dienst (GÖD)



Generalsekretär (ab 01.01.2012)

Klaus Heeger

Europäische Union Unabhängiger
Gewerkschaften (CESI)



Schatzmeister

Frank Stöhr

deutscher beamtenbund
und tarifunion (dbb)



Vize-Präsident

Christian Chapuis

CGC- Fonctions Publiques



Vize-Präsident

Eric de Macker

Eurofedop / Christelijk Nationaal
Vakverbond Publieke Zaak (CNV PZ)



Vize-Präsident

József Fehér

Magyar Köztisztviselők, Közalkalmazottak
és Közforgalmi Dolgozók Szakszervezete
(MKKSZ)



Vize-Präsident

Domingo Fernández Veiguela

Central Sindical Independiente y
de Funcionarios (CSI-F)



Vize-Präsident

Olivier Marie

Eurofedop / Confédération française des
Travailleurs chrétiens des Postes et
des Télécommunications (CFTC/PT)



Vize-Präsident

Marco Paolo Nigi

Confederazione Generale dei Sindacati
Autonomi dei Lavoratori (CONF.S.A.L.)



Vize-Präsidentin

Esther Reyes Diez

Eurofedop / SATSE, Sindicato
de Enfermería



Vize-Präsident

Urs Stauffer

Zentralverband öffentliches Personal
Schweiz (ZV)



Vize-Präsident

Jadranko Vehar

Eurofedop / Republički sindikat radnika
Hrvatske (RSRH)



Vize-Präsident

Romain Wolff

Confédération Générale de la Fonction
Publique (CGFP)



Präsident der CESI Akademie Europa

Wilhelm Gloss

Eurofedop / Gewerkschaft Öffentlicher
Dienst (GÖD)



Generalsekretär (bis 31.12.2011)

Helmut Müllers

Europäische Union Unabhängiger
Gewerkschaften (CESI)

Aktivitäten der Gremien



Ohne den Einsatz aller Mandatsträger, aller Mitglieder der Kommissionen und Berufsräte sowie dem bemerkenswerten Engagement der Mitarbeiter wäre die starke Positionierung der CESI seit 2008 nicht möglich gewesen.



Auf Einladung der Präsidenten der CESI, [Peter Heesen](#) und [Fritz Neugebauer](#) fand 2012 die Sitzung der Programmkommission mit Mandatsträgern aus allen Kommissionen und Berufsräten der CESI statt. Es wurde insbesondere beschlossen, die gegenseitige Information zwischen den Fachgremien und den politischen Gremien zu verbessern, um die [Kohärenz, die Synergie und die Wirksamkeit der CESI-Aktivitäten in Europa zu verbessern](#).

Die herausragende Bedeutung der Berufsräte und Kommissionen wurde unterstrichen. Ihre Positionen sollen daher mit der Unterstützung des Generalsekretariats gestärkt und ihre Beziehungen zum Präsidium und zum Vorstand der CESI gefördert werden.

Die Programmkommission wird in Zukunft zu Beginn eines jeden Jahres tagen.





Kommission für „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ (SOC)



Vorsitzender
Klaus Dauderstädt dbb
Stellvertretende Vorsitzende
Maria Geada Seoane USI
Emilio Fatovic CONF.S.A.L.

Auch in ablaufender Periode von 2009 bis 2012 standen unter dem Vorsitz von **Klaus Dauderstädt** auf den Tagesordnungen der Kommission für „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ gesellschaftspolitische Fragestellungen und Arbeitnehmer-Themen nebeneinander. Im Mittelpunkt der ersten Themen-Gruppe wurden **Auswirkungen der demographischen Entwicklung** diskutiert, besonders deren Relevanz für die sozialen Sicherungssysteme bei Gesundheit, Pflege und Altersversorgung. Hier wurden Stellungnahmen zu den Initiativen der Europäischen Kommission erarbeitet. Weitere wichtige gesellschaftspolitische Anliegen waren der soziale Zusammenhalt und Aspekte von Migration und Integration.

Die Europäischen Jahre widmeten sich nach 2009 („Jahr der Kreativität und Innovation“) kontinuierlich Zielsetzungen im Zuständigkeitssektor der SOC-Kommission mit dem „Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ 2010, dem „Jahr der freiwilligen Arbeit“ 2011 und dem „Jahr des aktiven Alterns“ 2012. Es lag auf der Hand, dass die Mitglieder der SOC-Kommission und ihre Gäste sich gerade mit diesen Zusammenhängen aus aktuellem Anlass ausführlich befassten.

Unter den spezifischen Themen aus dem Blickwinkel von Gewerkschaften und den von ihnen repräsentierten Beschäftigten begleiteten **Arbeitszeit, Flexicurity, Work-Life-Balance und Sicherheit am Arbeitsplatz** die Arbeit der SOC-Kommission. Deren Mitglieder waren begeistert, dass insbesondere die Konferenzen der Akademie Europa in Lissabon und Rom sich mit der Gesundheit am Arbeitsplatz und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf parallel dazu mit großer Außenwirkung auseinandergesetzt haben.

Natürlich haben die Finanzkrise und deren Folgen für die Menschen in Europa auch die SOC-Kommission befasst. Die Strategie Europa 2020 und weitere Reaktionen der Politik wurden in die Diskussionen einbezogen.

Bewährt hat sich die **gemeinsame Sitzungsabwicklung mit der Kommission „Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)“**, es wurden aber auch neue Drähte zu den Berufsräten, insbesondere Gesundheit, gesponnen. Der Erfahrungsaustausch und die Mitnahme von Best-Practice-Lösungen haben für alle Teilnehmer die Sinnhaftigkeit und Realitätsnähe der Arbeit in dieser Kommission immer wieder hervorgehoben.

Kommission „Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter“ (FEMM)

Mit Kirsten Lühmann als Vorsitzende hat sich die Kommission „Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)“ auch in den vergangenen vier Jahren verstärkt für **Umsetzung von Gleichberechtigungspolitiken und -zielen auf verschiedenen Ebenen** eingesetzt. Sie hat dies zum einen über den Sitz der CESI im Vorstand der European Women's Lobby (EWL) getan, der durch die FEMM-Vorsitzende wahrgenommen wurde. Zum anderen hat sie selbständig die vielfältigen Themen behandelt, die symptomatisch für die vielen noch existierenden Defizite sind: Geschlechtsspezifische Gehaltsunterschiede (gender pay gap), Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, geschlechtsspezifische Gewalt, ‚Gender budgeting‘, Elternzeit, Work-Life-Balance, Unterrepräsentierung von Frauen in politischen Gremien usw. Dazu wurden regelmäßig Experten eingeladen, mit denen sich die FEMM-Mitglieder fachlich beraten haben.



Vorsitzende
Kirsten Lühmann dbb
Stellvertretende Vorsitzende
Carmen Jaffke CGFP
Marcela Gaciová Eurofedop/Sloves

Die FEMM-Kommission hat entsprechende Stellungnahmen erarbeitet, zuletzt z.B. zum **„unausgewogenen Geschlechterverhältnis in den höchsten Entscheidungsgremien von Unternehmen“**, in der im Rahmen einer Konsultation der Europäischen Kommission eine verbindliche Quotenregelung mit entsprechenden Sanktionen gefordert wird. In einer Stellungnahme zum **„Bild der Frauen in den Medien“** wird zudem kritisiert, dass Frauen sowohl als Medienschaffende als auch in ihrer Darstellung nicht der gesellschaftlichen Realität und Vielfalt entsprechen und sich somit schlecht als Referenz und Rollenmodell für junge Menschen eignen.

Vor dem Hintergrund der europäischen Schulden- und Finanzkrise, die nicht nur zusehends die finanziellen Spielräume der verschiedenen Politiken und der öffentlichen Haushalte einschränkt sondern auch zu gesellschaftlichen Verwerfungen führt, wurden in den **gemeinsamen Sitzungen mit der Kommission „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ (SOC)** vermehrt Querschnittsthemen diskutiert – zum Beispiel die erhöhte Arbeitslosigkeit, die verstärkt bestimmte Gruppen betrifft, wie Jugendliche, Migranten und Frauen.

Berufsrat „Zentralverwaltung und Finanzen“



Vorsitzender
Christian Chapuis
CGC-Fonctions Publiques
Stellvertretende Vorsitzende
Klaus Platzer Eurofedop/GÖD-FCG
Jose Fernández CSI-F

Im Rahmen der Schaffung der Berufsräte wurde Anfang 2009 der Berufsrat „Zentralverwaltungen und Finanzen“ der CESI als Nachfolger der USSP gegründet. Die erste Sitzung fand am 26. und 27. März 2009 unter dem Vorsitz von Christian Chapuis in Luxemburg statt und ermöglichte eine Erörterung des sektoralen sozialen Dialogs für die Zentralverwaltungen sowie die Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms für den Berufsrat. Darin wurde der gemeinsame Wille bekundet, diese Sitzungen zur Förderung des Austausches zwischen den betroffenen Gewerkschaften zu nutzen, aber auch den Denkansatz der CESI zu fördern und ihr so Stellungnahmen über für sie relevante Themenfelder zu liefern.

Die **Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** waren ebenfalls Gegenstand der Diskussionen. Hierbei ging es darum, eine gemeinsame Stellungnahme im Rahmen der aktuellen Themen auf Ebene der Europäischen Kommission zu finden.

Vor diesem Hintergrund trat der Berufsrat einmal jährlich in Luxemburg zusammen. Jede Sitzung ermöglichte tiefgreifende und interessante Diskussionen über so grundlegende **Fragestellungen wie die Teilnahme an dem sozialen Dialog, die Zukunft der Renten und das Zusammenwirken der öffentlichen Dienste in Europa**. Darüber hinaus wurden die **Rolle der Steuerverwaltungen** in der Wirtschaftskrise, insbesondere in Anbetracht der Steuergerechtigkeit, wie auch die Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen und der Kampf gegen Steuerbetrug und die Vereinheitlichung der Rechnungslegung erörtert (siehe Seite 30). Zudem brachte der Berufsrat seine Meinung zugunsten eines **souveränen öffentlichen Dienstes** im Rahmen der Zentralverwaltungen, aber auch in Anbetracht der Stärkung des formellen sozialen Dialogs sowie der Ausschau nach neuen Staaten, die ebenfalls an diesen Arbeiten teilnehmen würden, zum Ausdruck (siehe Seite 28).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Berufsrat „Zentralverwaltungen und Finanzen“ für die CESI von herausragendem Interesse ist, da darin wichtige, sektorenrelevante Fragen erörtert werden. Dies hat zur **Anerkennung ihrer Repräsentativität durch die Europäische Kommission** geführt und sie zu einem vollumfänglichen Sozialpartner werden lassen, der seitens der Kommission auch im Rahmen sämtlicher weiterer Fragestellungen konsultiert wird. In der kommenden Amtsperiode sind die begonnenen Überlegungen weiter zu führen, aber auch der Austausch zwischen den betroffenen Gewerkschaften sowie den weiteren Mitgliedern der CESI zu fördern, um so ihren Beitrag zu wesentlichen Fragestellungen der öffentlichen Dienste innerhalb eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds zu ermöglichen. Darüber hinaus geht es darum, allen Mitgliedern Informationen über einen noch allzu oft verkannten sektoriellen europäischen sozialen Dialog bereitzustellen und sie in die von der CESI verfolgten Lösungsansätze einzubinden.



Berufsrat „Sicherheit“

Angesichts der derzeit sehr hohen Bedeutung dieses Sektors auf europäischer Ebene wie auch in den Mitgliedsstaaten, befasste sich der Berufsrat „Sicherheit“ der CESI in den Jahren 2009 bis 2011 mit ganz unterschiedlichen Themenfeldern in diesem Bereich.

So haben die Mitglieder unter dem Vorsitz von **Gerrit Van de Kamp** eine Bestandsaufnahme des **Schengenraums**, dessen Bestehen sich zum 25. Mal jährte, sowie die Perspektive seiner Erweiterung erarbeitet. Abgesehen von der Fragestellung nach dem Erhalt qualitativ hochwertiger Grenzkontrollen wirft die Erweiterung des Schengenraums aus gewerkschaftlicher Hinsicht die Frage einer möglichen Verringerung des Zoll- und Grenzpolizeipersonals auf. Eine entsprechende **Weiterbildung** des Personals mit gleichzeitiger Verbesserung des **Informationsaustausches** ist daher mehr als notwendig.



Vorsitzender
Gerrit van de Kamp Eurofedop/ACP
Stellvertretende Vorsitzende
Hermann Benker dbb
José Razafindranaly FGAF

Ein weiteres Thema, das zur Besorgnis Anlass gibt, ist die **Gewalt gegen Polizeikräfte**, die nach Ansicht sämtlicher Mitglieder des Berufsrates eklatant ansteigt. Die jüngste Zunahme des Cyber-Mobbings ist ebenfalls besorgniserregend. Der Berufsrat hat eine Stellungnahme zum Thema veröffentlicht, die insbesondere verlangt, dass Gewaltakte gegen Polizeibedienstete strenger bestraft werden. Ebenso wurde vereinbart, die Erfolgsmodelle bei der Bekämpfung der Gewaltakte gegenüber Ordnungskräften miteinander auszutauschen. Darüber hinaus hat die CESI über ihre Internetseite eine Anlaufstelle für Polizeibeamte, die Opfer von Gewaltakten werden, eingerichtet.

Bei den meisten im Zeitraum 2009-2012 angesprochenen Punkten haben die Mitglieder des Berufsrates festgestellt, dass der Mangel an Mitteln, der durch die Wirtschaftskrise noch verstärkt wurde, eine **erhebliche Auswirkung auf die Arbeitsbedingungen des Personals** hatte. Sofern, wie etwa in Spanien, nicht Gehälter und Sozialleistungen reduziert wurden, wurden die Kürzungen bei den Schulungsmaßnahmen, der Ausrüstung oder auch den Neueinstellungen spürbar. Diese Tendenz hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Motivation der Polizeibeamten, deren Sicherheit und somit letztendlich auch auf die Sicherheit der Güter und Personen, die sie bewachen sollen.

Auf Anregung des Berufsrates „Sicherheit“ schließlich, wird die CESI 2013 ein Seminar zum Follow-up des „Stockholmer Programms“ (Festlegung von Richtlinien für eine gemeinsame Innen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union) und seine Auswirkungen auf die Strukturen und Arbeitnehmer u.a. in den Bereichen Sicherheit und Justiz veranstalten.

Berufsrat „Verteidigung“



Vorsitzender
Jan Kleian Eurofedop/ACOM
Stellvertretende Vorsitzende
Wilhelm Waldner
Eurofedop/GÖD-FCG

Auf Einladung des Berufsratsvorsitzenden Jan Kleian hat der Berufsrat „Verteidigung“ seine Tätigkeiten wieder aufgenommen. Er ermöglicht den Mitgliedern der CESI, die militärische und/oder zivile Bedienstete im Verteidigungsbereich vertreten, sich über die sich in diesen Sektoren vollziehenden Entwicklungen sowie die Besorgnisse der dort Beschäftigten auszutauschen.

Der Verteidigungssektor war in den letzten Jahren tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt (Verlängerung von Militäreinsätzen, Europäisierung, Ende der Wehrpflicht in zahlreichen Ländern, umfangreiche Haushaltskürzungen usw.), die nachhaltige Auswirkungen auf die Beschäftigten nach sich zogen. Der Berufsrat vertritt die Ansicht, dass die politischen Erwartungen seitens Politik und Gesellschaft gegenüber den Armeen festzulegen seien, um sie auf dieser Grundlage mit den angemessenen Mitteln zur weiteren Fortsetzung ihrer Aufgaben ausstatten zu können.

Die Auswirkung der Kürzung der Verteidigungsbudgets, von denen Bedienstete wie Ausstattungen gleichermaßen betroffen sind, könnte durch eine bessere gemeinsame Nutzung der Mittel auf europäischer Ebene abgefedert werden. Die immer häufigeren europäischen Einsätze sollten nach Ansicht des Berufsrats auch dazu führen, dass Arbeitsbedingungen und gewerkschaftliche Vertretung der beteiligten Soldaten einander angeglichen werden.

Schließlich legte der Berufsrat das Fundament für die langfristige Aufgabe zur Bekräftigung des Anspruchs der europäischen Armeebediensteten auf berufliche Interessenvertretung. Als vollumfängliche Staatsbürger, denen noch dazu die Aufgabe zufällt, Freiheit und Menschenrechte in einer wachsenden Anzahl von Einsätzen zu verteidigen, muss den Armeeingehörigen selbst das Recht eingeräumt werden, bei ihren Arbeitgebern bestmöglich vertreten zu werden. Die Beispiele der Länder, in denen die Soldaten in angemessener Art und Weise vertreten werden, zeigen nach Ansicht des Berufsrates, dass dies in keiner Form eine Bedrohung für die Disziplin darstellt, sondern es den Arbeitgebern vielmehr ermöglicht, Partner zu haben, mit denen Reformen sowie die angemessenste Art und Weise ihrer Umsetzung erörtert werden können.

Berufsrat „Justiz“

In den vergangenen vier Jahren haben die Experten des Berufsrates „Justiz“ die verschiedenen Themenfelder erörtert, mit denen die Bediensteten in diesem Bereich konfrontiert sind. Unter der Leitung des Vorsitzenden **Mark Freeman** standen die Wirtschaftskrise, die Kürzungen in den öffentlichen Haushalten und ihre gesellschaftlichen Konsequenzen, aber auch die Arbeitsqualität und -bedingungen im Zentrum der besprochenen Themen.

All dies fand vor dem Hintergrund einer immer enger zusammenwachsenden Europäischen Union statt, die nun Gesetze und Maßnahmen beschließt, die darauf abzielen, den **Europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** umzusetzen und zu vervollständigen. Hierzu gehört unter anderem auch die Zusammenarbeit von Polizei- und Justizbehörden. Dieser Bereich kann gleichermaßen als die Kehrseite des Binnenmarkts und seinen wirtschaftlichen Freiheiten angesehen werden. Wo Menschen aber über die Möglichkeit verfügen, sich frei zu bewegen und an frei gewählten Orten niederzulassen und zu arbeiten und auch Verbrechen keine Grenzen mehr kennen, ist eine **engere Zusammenarbeit zwischen den Behörden** wie auch ein besseres gegenseitiges Verständnis unter den Mitgliedsstaaten vonnöten.

Dennoch bleiben die Umsetzung der auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen sowie wichtige Zuständigkeiten in diesem Bereich weiterhin in den Händen der Mitgliedsstaaten und somit in der Kompetenz ihrer jeweiligen öffentlichen Dienste. Aus diesem Grund haben ihre Bediensteten erkannt, dass es erforderlich ist, stets auf dem neuesten Stand der Entwicklungen in ihren Ländern zu sein, vor negativen Entwicklungen zu warnen und Erfolgsmodelle untereinander auszutauschen.

So standen derart unterschiedliche Themen wie E-Justiz, elektronische Fußfesseln, Gesundheit und Sicherheit von Bediensteten und Insassen im Strafvollzug, alternative Inhaftierungsformen, aber auch Erstausbildung und lebenslanges Lernen, die Arbeitszeitrichtlinie sowie die Auszahlung von Renten und finanziellen Anreizen auf der Tagesordnung. Darüber hinaus beschloss der Berufsrat Stellungnahmen zu spezifischen Projekten wie etwa die **Privatisierungen im Strafvollzugssystem**: Hier ging es um die Aufgaben und Pflichten im Rahmen von hoch empfindlichen Themenfeldern, die Sicherheitsbelange und Grundrechte zugleich betreffen und die in den Händen von öffentlichen Bediensteten verbleiben müssen anstatt aus vorgeblich wirtschaftlichen Gründen gefährdet zu werden.



Vorsitzender

Mark Freeman Eurofedop/POA

Stellvertretende Vorsitzende

John Clinton Eurofedop/POA-Ireland

John Hansen FF (bis 2011)

Berufsrat „Gesundheit“



Vorsitzende
Esther Reyes Diez Eurofedop/SATSE,
Stellvertretende Vorsitzende
Marga Meere
Eurofedop/CNV Publieke Zaak
Viorel Rotila Eurofedop/FSSDR

Europa steht vor vielen Problemen, die gravierenden Einfluss auf die Gesundheitssysteme haben. Diese sind - wie die meisten anderen Bereiche auch - von Sparzwängen und Stellenabbau betroffen. Darüber hinaus gibt es aber auch erhebliche Auswirkungen durch den demographischen Wandel, bei dem **immer mehr ältere, versorgungsbedürftige Menschen** immer weniger jüngeren Menschen gegenüberstehen, die in den entsprechenden Berufen arbeiten wollen.

Erschwert wird die Lage zusätzlich durch **Wanderbewegungen innerhalb Europas**, aber auch innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten, durch die immer mehr gut qualifizierte Arbeitnehmer des Gesundheitssektors in beruflich attraktivere Regionen ziehen und immer mehr Landstriche unter einer Unterversorgung leiden.

Mit **Esther Reyes Diez** als Vorsitzende hat sich der Berufsrat „Gesundheit“ eingehend mit diesen Problematiken beschäftigt und positioniert sich für eine

Stärkung dieser Berufsgruppen und ihrer Arbeitsbedingungen, von denen die Patienten nur profitieren können. So wurden verschiedene Themen wie die Mobilität im Gesundheitswesen und die Folgen für das Personal diskutiert. Sie dienten als Grundlage für die Fachtagung der Akademie Europa „Mobilität des Gesundheitspersonals in der Europäischen Union“ in Riga.

So erfordert auch die zunehmende Bedeutung von e-health, also **einer mit elektronischen Kommunikationsmitteln gestützten Gesundheitsversorgung**, durch die die Folgen medizinischer Unterversorgung teils gemindert werden können, eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung des Personals.

Weitere Themen waren u.a. die Sicherheit der Patienten, aber auch die der Gesundheitsdienstleister, z.B. gegenüber Nadelstichverletzungen.

Berufsrat „Bildung“

Der Berufsrat „Bildung“ (EDUC) hat sich in den vergangenen drei Jahren insbesondere mit den europaweit aktuellsten und auch aus gewerkschaftlicher Sicht besorgniserregendsten Themen auseinandergesetzt, und zwar mit der **Bekämpfung des Schulabbruchs**, den nationalen **Bildungsreformen** und dem stets **negativer werdenden Lehrerbild**, dem sogenannten „Lehrer-Image“.

Die Mitglieder des Ausschusses und sein Vorsitzender **Claude Heiser** lehnen insgesamt eine Bildungspolitik ab, die dem in vielen Ländern festgestellten Schulabbruch mithilfe vereinfachter Lerninhalte entgegenzuwirken, d. h. die die Quantität der Schulabgänger auf Kosten der intellektuellen Qualität zu erhöhen gedenkt. Ferner wertet der Berufsrat „EDUC“ die bildungspolitische Entwicklung in den einzelnen europäischen Staaten als höchst zweifelhaft und alarmierend: Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Bildungsreformen vor allem in Hinblick auf etwaige Sparmaßnahmen unternommen werden und die nationalen Regierungen das eigentliche Ziel aus den Augen verlieren, nämlich Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Ausbildung zu gewährleisten.



Vorsitzender
 Claude Heiser CGFP
Stellvertretende Vorsitzende
 Antonio Villarino CSI-F
 Horst Günther Klitzing dbb

Der EDUC-Ausschuss ist der festen Überzeugung, dass Erziehung und Bildung die wesentlichen und **wichtigsten Grundpfeiler einer Gesellschaft** darstellen, da sie die Zukunft eines Landes sichern und ihm gerade in Krisenzeiten Perspektiven bieten. Diese Feststellung hat die CESI auch mit ihren Partnern des sektoriellen europäischen sozial Dialog „Bildung“ mitgetragen. Das zentrale und meistdiskutierte Thema bleibt also die Frage, wie man eine größere Anzahl neuer Lehrer rekrutieren kann und was man unternehmen muss, damit die Lehrer im Amt bleiben, also: Wie kann man **mehr qualifizierte Akademiker für den Bereich Unterricht und Erziehung sensibilisieren** und wie kann man frühzeitige Kündigungen von Lehrern vermeiden?

Der Berufsrat „EDUC“ ist sich bei dieser Frage einig, dass neben verstärkten Rekrutierungskampagnen eine bessere Besoldung, eine fachgerechte Begleitung und Betreuung von Berufseinsteigern, die Möglichkeiten einer beruflichen Karriere mit Aufstiegsmöglichkeiten sowie die Unterstützung von Seiten der politisch Verantwortlichen in Bezug auf gesellschaftliches Ansehen und einen dem Beruf gebührenden Respekt unerlässlich sind.

Berufsrat „Post und Telekom“



Vorsitzender
 Manfred Wiedner Eurofedop/FCG-GPF
Stellvertretende Vorsitzende
 Horst Sayffaerth Eurofedop/DPVKOM
 Manuel González Molina CSI-F

Da die Arbeitswelt und die Unternehmen besonders bei den Post- und Telekommunikationsunternehmen nicht mehr an den nationalen Grenzen haltmachen, kommt der Arbeit der Gewerkschaften im Berufsrat „Post und Telekom“ der CESI eine besondere Bedeutung zu. Im Berufsrat arbeiten unter dem Vorsitz von [Manfred Wiedner](#) Gewerkschaftsvertreter aus 13 Ländern zusammen. Um die vielfältigen Themen bei Post und Telekom zu bearbeiten tagte der Berufsrat zweimal im Jahr. Zum Ende eines Jahres in Luxemburg und in der Mitte des Jahres, auf Einladung einer der Mitgliedsgewerkschaften in dem entsprechenden Land. So fanden im Berichtszeitraum Sitzungen in Martigny (Schweiz 2008), Salzburg (Österreich 2009), Belgrad (Serbien 2010), Salamanca (Spanien 2011) und Thun (Schweiz 2012) statt.

Neben diesen Sitzungen, an denen jeweils mehr als 30 Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, wurde jede Sitzung von den Arbeitsgruppen Post und Telekom intensiv, in gesonderten Sitzungen vorbereitet. Bei den Sitzungen des Berufsrates konnten Unternehmensvertreter von Post und Telekom, wie auch Vertreter der EU Kommission oder

anderer europäischer Organisationen eingeladen werden und mit ihnen die Themen aus der Post- und Telekommunikationsbranche diskutiert werden.

Zu aktuellen Themen wurden von den Delegierten des Berufsrates Entschlüsse erarbeitet und in die Arbeit von CESI eingebracht. Schwerpunkte der Entschlüsse waren die [Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Unternehmen und der Callcenter-Branche](#), die Überprüfung von Regulierungsentscheidungen, altersgerechtes Arbeiten bis zum Eintritt in den Ruhestand, wie auch die Ausweitung der Unternehmen in andere Staaten. Ebenso wurden zu den [Auswirkungen der Finanzkrise auf die Arbeitsbedingungen](#) in den Konzernen Forderungen aufgestellt. An den Gesprächen mit der Kommission oder Parlamentariern nahmen Mitglieder des Berufsrates teil.

Neben diesen Berufsratssitzungen wurden viele bilaterale Seminare durchgeführt, wobei der Schwerpunkt bei der [Ausbildung der Gewerkschaftsvertreter in den osteuropäischen Ländern lag](#). Im Berufsrat Post und Telekom sind auch Gewerkschaften aus Ländern vertreten, die der EU noch beitreten wollen. Der Berufsrat verfolgte auch das Ziel weitere Gewerkschaften für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen, hierzu wurde eine spezielle Arbeitsgruppe gebildet.

Berufsrat „Lokale und Regionale Verwaltung“

Mit seinem Vorsitzenden [Hans Freiler](#) hat sich der Berufsrat „Lokale und Regionale Verwaltung“ im Zeitraum 2009 – 2012 immer wieder mit vier Themenbereichen befasst: Aktivitäten und Vorhaben der EU-Organen (Kommission und Parlament), aktuelle Situationen, die die Kommunen bzw. Regionen direkt betreffen, Sektoraler sozialer Dialog und Aktivitäten des Europarates.

Innerhalb dieser Bereiche waren verschiedene Themen von beispielhaftem Interesse, z.B. die [Arbeitszeitrichtlinie](#). Der Berufsrat hat die CESI-Position zur gegenständlichen Richtlinie unter besonderer Berücksichtigung bestimmter Berufsgruppen – vor allem Feuerwehr – diskutiert und die von CESI formulierten Forderungspunkte bestärkt bzw. „berufsspezifisch“ ergänzt. Als weiteres Beispiel dient die [Dienstleistungsrichtlinie](#). Anhand von ersten Umsetzungserfahrungen der Richtlinie, insbesondere der Einrichtung des „einheitlichen Ansprechpartners“ (one-stop-government) und die sich daraus ergebenden Konsequenzen wurden drei prioritäre Forderungspunkte formuliert: Ausreichende Personalausstattung, Qualifizierung des Personals, Anpassung der Tarifverträge.



Vorsitzender
 Hans Freiler Eurofedop/GÖD-FCG
 Stellvertretende Vorsitzende
 Urs Stauffer ZV
 Antoine Breining FGAF (bis 2011)

Die [Finanzkrise](#), die einhergehenden Sparmaßnahmen und ihre besonderen Auswirkungen auf die Kommunen (die „bürgernahste Ebene“) wurden nicht nur eingehend analysiert, sondern auch klare Forderungen zur Bewältigung der Situation erhoben: Etwa die Einführung einer [Finanztransaktionssteuer](#). Wichtig ist, dass auch die Kommunen – als „letztes Glied in der Kette“ – in den Genuss von Ertragsanteilen kommen. Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion betraf geplante Gemeindefusionen und ihre Auswirkungen auf das Personal der kommunalen Verwaltung (am Beispiel Schweiz und Frankreich). Des Weiteren beschäftigte sich der Berufsrat mit der [Abschaffung des Status der öffentlichen Beamten](#) in verschiedenen Ländern sowie der [Privatisierung](#) öffentlicher Dienstleistungen durch die Kommunal- und Regionalverwaltung.

Fixpunkte jeder Berufsratssitzung waren zudem Berichte der beiden Vertreter aus dem sektoralen sozialen Dialog (z. B. zu den Themen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf das Personal der Kommunen, Gewaltanwendung am Arbeitsplatz, Migration, Gleichbehandlung u.a.m.) sowie über die Aktivitäten des Europarates.

Schwerpunkte



Die öffentlichen Dienste sind nicht vordringlich als Kostenfaktor anzusehen, sondern als wesentlicher Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts in Europa.



Die öffentlichen Dienste als wesentlicher Bestandteil des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells!

In vielen Staaten der Europäischen Union erfolgten in den vergangenen Jahren **massive Kürzungen im öffentlichen Dienst**. Durch die Sparmaßnahmen kam es in einigen Ländern zu spürbaren Verschlechterungen des Angebots der öffentlichen Dienstleistungen. Verbunden mit negativen Medienkampagnen großer Zeitungen in einigen europäischen Ländern rückte auch wieder die Frage über **Umfang und Qualität der öffentlichen Dienste** in den Mittelpunkt der Diskussion über Europas Zukunft.

Die öffentlichen Dienste sind aber nicht vordringlich als Kostenfaktor anzusehen, sondern als **wesentlicher Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts in Europa**. Die CESI hat in zahlreichen Seminaren und Gesprächen mit den EU-Institutionen auf diese positive Wirkung der öffentlichen Dienste in Europa hingewiesen. Gerade letztere bilden insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise eine **solide Basis für Wachstum, Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand** in Europa. Ihnen kommt angesichts der in der Strategie Europa 2020 zum Ausdruck gebrachten gemeinschaftlichen Zielsetzungen und der Maßnahmenpakete für mehr Wachstum und Beschäftigung entscheidende Bedeutung zu. Auch sind sie in Europa die Dreh- und Angelpunkte für Bildung und Weiterbildung und spielen eine ganz wesentliche Rolle bei der Arbeitsvermittlung. Zudem tragen sie selbst durch qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze zu einer dauerhaften Sicherung von Beschäftigung bei.

Aus diesem Grund hat die CESI wiederholt mit Nachdruck auf den wesentlichen Charakter der öffentlichen Dienstleistungen hingewiesen:

- ◇ Durchführung eines Projektes über **Image und Attraktivität der Verwaltungsbehörden** in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für den sozialen Dialog der Zentralverwaltungen im Jahr 2012. Mittels einer Studie wurde in diesem Rahmen die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger und Nutzer der öffentlichen Dienste, aber auch die der Beschäftigten und leitenden Angestellten der entsprechenden Behörden selbst ermittelt. Die Fortführung dieser Arbeiten soll es den Sozialpartnern des Sektors ermöglichen, die Wahrnehmung der Verwaltungsbehörden zu verbessern, da sich in den kommenden Jahren insbesondere bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal eine Konkurrenzsituation mit der Privatwirtschaft abzeichnet.
- ◇ Vorlage eines grundlegenden Dokuments über die **Zukunft der öffentlichen Dienste in Europa** unter Ausarbeitung der jeweiligen Strukturen und des Kompetenzbedarfs der öffentlichen Dienste in



Fachtagung der Akademie Europa, September 2010, Brüssel

von links nach rechts: François Ziegler (Europäische Kommission), Jacky Leroy (SPF P&O Belgien), Detlef Fechtner (Westdeutsche Allgemeine Zeitung), Françoise Castex (Mitglied des Europäischen Parlaments) und Angelika Poth-Mögele (CEMR)

Europa im Rahmen eines Projekts der Akademie Europa im Jahr 2010. Dieses wurde in Anwesenheit von institutionellen Ansprechpartnern und Sozialpartnern vorgestellt und erörtert. Hierbei hob die CESI hervor, dass die Bereitstellung der wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen durch öffentliche Behörden von großer Bedeutung ist. Die Leistungen anderer Anbieter sollten einer angemessenen Kontrolle unterliegen, damit die Qualitätsanforderungen erfüllt und die Nutzerrechte respektiert werden, aber auch der Qualität der Arbeitsplätze Rechnung getragen wird.

- ◇ Befragung von zahlreichen Ansprechpartnern über den **praktischen Nutzen der öffentlich-privaten Partnerschaften sowie der Privatisierungen** zu oftmals falsch veranschlagten Sozial- und Finanzkosten. Aufgrund ihres Engagements im von der Europäischen Kommission ins Leben gerufenen Forums zur Evaluierung der Auswirkungen von Privatisierungen im Postsektor, fordert die CESI insbesondere von Binnenmarktkommissar Michel Barnier sowie im Rahmen der interfraktionellen Arbeitsgruppe Öffentliche Dienste des Europäischen Parlaments nachdrücklich eine höhere Bewertung der Dienstleistungen unter staatlicher Kontrolle.
- ◇ Durchführung einer Studie anhand eines Seminars sowie vielfältiger Diskussionen im Rahmen der CESI und der Europäischen Institutionen über **Werte und Aufgaben der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** sowie die Bedeutung der Tatsache, dass diese Dienstleistungen über einen integren, zuverlässigen, unabhängigen und transparenten öffentlichen Sektor bereitgestellt werden.

Die CESI im Sozialen Dialog

In den Jahren 2008-2012 konnte die CESI als seit 2005 anerkannter Sozialpartner der Europäischen Kommission ihre Rolle und ihre Verantwortlichkeiten in den **drei Ausschüssen des europäischen sozialen Dialogs** behaupten.

Durch ihr Engagement in der Gewerkschaftsdelegation TUNED, arbeitete die CESI im Rahmen eines informellen Dialogs mit den Generaldirektoren der **Zentralverwaltungen** (EUPAN-Netzwerk) mit den zuständigen Mitgliedsorganisationen und ihren europäischen Partnern an der Einführung eines formalisierten sozial Dialogs für diesen Sektor. Nach der Schaffung einer intensiven Testphase in den Jahren 2008 und 2009 öffneten die am 17. Dezember 2010 im belgischen Genval stattfindenden Verhandlungen zwischen der TUNED und den Generaldirektoren die Tür zur **Gründung eines Ausschusses unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission**. Die Gewerkschaftsdelegation TUNED, in der die CESI und ihre Mitgliedsorganisationen über sieben Sitze verfügen, ist nun Gesprächspartner der Arbeitgeberdelegation EUPAE im Rahmen eines strukturierten, anerkannten und dynamischen Dialogs.

Die CESI hat diese Annäherung, durch die dieser Sektor auf europäischer Ebene nun endlich offiziell anerkannt ist und seinen Beschäftigten das Recht auf sozialen Dialog einräumt, begrüßt. Weniger als zwei Jahre nach Aufnahme der Arbeiten kann dieser Ausschuss **bereits mehrere Erfolge** für sich verbuchen. Insbesondere zu erwähnen sind die derzeit in der Umsetzungsphase befindliche gemeinsame Erklärung über die Gehaltsunterschiede zwischen Mann und Frau, die zu einer verbesserten Erfassung und erhöhten Transparenz der einschlägigen Daten führen soll. Ebenfalls hervorzuheben sind ein Projekt über Image und Attraktivität der Zentralverwaltungen sowie eine gemeinsame Stellungnahme der Sozialpartner im Grünbuch der Europäischen Kommission zum Thema Umstrukturierungen und Antizipierung von Veränderungen.

Die im **Ausschuss für den sozialen Dialog in den Lokal- und Regionalverwaltungen** vertretenen Mitgliedsorganisationen der CESI hatten die Gelegenheit, unter anderem die Auswirkungen der Finanzkrise und der Sparmaßnahmen auf die öffentlichen Dienstleistungen und die Bediensteten in städtischen und regionalen Verwaltungen zu erörtern. Darüber hinaus konnten die Mitglieder dieses Ausschusses in Arbeitsgruppen Fallstudien über die Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Körperschaften und Privatunternehmen aus den verschiedenen Ländern vorstellen.

Zudem beteiligt sich die CESI bereits seit seiner Gründung im Juni 2010 aktiv an den Arbeiten des [Ausschusses für den sozialen Dialog im Bildungsbereich](#). Sie wird bei den Plenarsitzungen vom Präsidenten des Berufsrates EDUC, [Claude Heiser](#) vertreten und verfügt zudem über Delegierte in jeder der drei Arbeitsgruppen, die sich mit den Fragestellungen der Qualität, der demografischen Herausforderung sowie dem Hochschulwesen befassen. Dieser Ausschuss hat eine grundlegende Stellungnahme zur Investition im Bildungsbereich, der Weiterbildung und Forschung verabschiedet, die für die Regierungen auch in Zeiten der Krise eine Priorität darstellen sollte, da sie einen Stützpfeiler für Wachstum und sozialen Zusammenhalt in Europa darstellt. Die weiteren derzeit im Gange befindlichen Arbeiten beschäftigen sich mit der Rekrutierung und Mitarbeiterbindung von Lehrern. Auch dies ist eine Thematik, die in zahlreichen europäischen Ländern zu den wichtigen Herausforderungen gehört.

Auf dieser Grundlage will die CESI in den kommenden Jahren ihre [Präsenz](#) in den Ausschüssen für den sozialen Dialog in Europa noch [weiter ausbauen](#). Diese Gremien sind ausgezeichnet geeignete Instrumente zum Austausch von Informationen und Erfolgsmodellen sowie zur Erarbeitung gemeinsamer Positionen und wichtige Schnittstellen für Stellungnahmen der Sozialpartner bei den europäischen Institutionen. Die CESI wird sich auch dafür einsetzen, dass sich ihre Rolle in der europäischen Gesetzgebung über die Aushandlung von Abkommen zwischen den Sozialpartnern weiter festigt.



Steuereffizienz und -gerechtigkeit: ein budgetärer und sozialer Imperativ, der qualifiziertes Personal voraussetzt

In der Diskussion über die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise hat die CESI nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer erhöhten Steuereffizienz und -gerechtigkeit in Europa hingewiesen.

In der derzeitigen Situation stehen die Staaten unter einem außergewöhnlich hohen finanziellen Druck und sind daher zur Aufstockung ihrer Ressourcen und Senkung ihrer Ausgaben gezwungen. Eine **effizientere und gerechtere Steuererhebung** stellt für die Staatshaushalte daher eine Notwendigkeit dar. Die erhöhte Abgabenlast sowie Leistungskürzungen ziehen oftmals eine Belastung für die Privathaushalte nach sich und verringern die Chancen eines soliden Aufschwungs. Gleichzeitig werden die jährlichen Kosten für die Steuerflucht in Europa auf etwa 1.000 Milliarden Euro beziffert. Nach Ansicht der CESI ist es nicht nur effizienter, sondern auch gerechter, sich gezielt mit der Entrichtung der tatsächlich geschuldeten Steuern und Abgaben zu befassen.

Die CESI unterstützt wirksame **Maßnahmen zur Wiederankurbelung der europäischen Wirtschaft** zur Überwindung der Krise und begrüßt die langfristige **Zielsetzung des Ausgleichs der öffentlichen Konten**, also eine tatsächliche Steuerkonsolidierung und nicht nur die Einführung kurzfristig wirksamer Sparmaßnahmen. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die es ermöglichen sollte, im Bedarfsfall über wirtschaftliche Spielräume zu verfügen, sondern auch um ein Gebot der Solidarität, damit die jungen Generationen nicht für die unausgewogenen Entscheidungen ihrer Vorgänger zu zahlen haben.

Das Ziel einer besseren Steuererhebung kann nur unter Einhaltung mehrerer, von der CESI vorgebrachter Bedingungen erreicht werden:

- Angesichts eines immer komplexeren Steuerrechts sowie international tätiger und gut beratener Unternehmen müssen die Steuerbehörden **nicht nur über einen ausreichenden Personalbestand, sondern auch über motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter** sowie gute technische Ausstattungen verfügen. Nach Ansicht der CESI sind die Verringerung des Personalbestands in zahlreichen europäischen Steuerbehörden, die Senkung der Gehälter der Bediensteten sowie Einsparungen bei deren Weiterbildung und technischer Ausstattung daher kontraproduktiv.



- Es ist dringend erforderlich, den **Informationsaustausch** und die administrative Zusammenarbeit in Europa zu verbessern. Die Europäische Kommission hat hier ihre unterstützende Rolle vollumfänglich wahrzunehmen. Die CESI unterstützt die kürzlich veröffentlichten Ansätze zur effizienten Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht und wird sich auch in den kommenden Jahren weiterhin aktiv als Partner der Europäischen Institutionen dafür einsetzen.
- Die **Steuersysteme müssen vereinfacht und die entsprechenden Regeln transparenter gestaltet** werden. Dies ermöglicht nicht nur eine bessere Anwendung seitens der Bediensteten in den Steuerbehörden, sondern führt auch zu einer verbesserten Einhaltung der Gesetzgebung auf Seiten der Steuerzahler.

Zugleich hat sich die CESI bereits sehr früh für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene eingesetzt. Diese brächte vor allem drei Vorteile mit sich: zusätzliche Ressourcen würden geschaffen (die nach Ermessen der CESI bevorzugt für die Reduzierung der öffentlichen Verschuldung eingesetzt werden sollten), das Finanzsystem wäre an den Folgen der Krise beteiligt und Finanztransaktionen einer Regulierung unterstellt.

Akademie Europa

Die Akademie Europa führt verschiedene Projekte zu den Themenbereichen europäische Sozialpolitik, Beschäftigung und Wirtschaft durch und unterstützt die CESI in der Ausarbeitung ihrer politischen Stellungnahmen. Die Projekte werden mit Mitteln der Europäischen Union aus den Haushaltslinien „Arbeitsbeziehungen und Sozialer Dialog“ sowie „Bildungs- und Informationsmaßnahmen zugunsten der Arbeitnehmerorganisationen“ kofinanziert. Unter der Präsidentschaft von **Wilhelm Gloss** hat die Akademie Europa in den Jahren 2009 bis 2012 zehn Seminare und Folgeveranstaltungen durchgeführt. Jede dieser Fachtagungen wurde mit der Unterstützung des Verwaltungsrates der Akademie Europa geplant.

Darüber hinaus hat die Akademie Europa ihre Arbeit auch zunehmend in den Dienst der anderen Organe der CESI gestellt und mit den Experten aus Berufsräten, Kommissionen und Sozialen Dialogen kooperiert.

Vor dem Hintergrund dieser verbesserten Zusammenarbeit führte die Akademie Europa auch im Jahr 2009 drei Fachtagungen durch: Zwei gleichermaßen zum Projekt „**Bessere Arbeitsplätze – besseres Leben**“ gehörende Seminare befassten sich mit den Themenbereichen „Work-Life-Balance“ (Lissabon) bzw. „Gesundheit und Prävention am Arbeitsplatz“ (Rom). Hierfür konnte die CESI die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) als Partner gewinnen. Durch die Behandlung zentraler Themenfelder wie Stress am Arbeitsplatz oder Mobbing bewies dieses im ersten Jahr der Finanzkrise durchgeführte Projekt hohe Aktualität.

Das Jahr 2009 wurde mit einem dritten Projekt zum Themenbereich „**Der öffentliche Dienst in Europa vor der Herausforderung von Globalisierung und Europäischer Integration: die Rolle des lebenslangen Lernens**“ (Malmö) beschlossen. Dieses Seminar bot die



Fachtagung der Akademie Europa, Juni 2012

von links nach rechts: Romain Wolff (Generalsekretär CGFP), Erny Reuter (Honorargeneralsekretär der FGFC), Jean-Marie Halsdorf (Minister des Innern und für die Großregion sowie Minister der Verteidigung des Großherzogtums Luxemburg), Wilhelm Gloss (Präsident der Akademie Europa) und Klaus Heeger (Generalsekretär der CESI)

Gelegenheit, daran zu erinnern, dass die Zielsetzungen Europas im Hinblick auf Beschäftigung, Wachstum und Integration nur über Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen zu erreichen sind.

Im Jahr 2010 wurden zwei Projekte durchgeführt: Das erste stand unter dem Titel „**Mehrwert schaffen – Gemeinsam handeln. Die Rolle des öffentlichen Dienstes und der Sozialpartner in der Wirtschaftskrise**“ (Valencia). Im Rahmen dieses Projekts führte die CESI eine Reflektion über die Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen in Europa durch und stellte insbesondere ihre Position zum Bereich „**Öffentlicher Dienst in Europa, Standpunkt der Sozialpartner zu den zukünftigen Aufgabenfeldern, Strukturen und erforderliche Kompetenzen**“ vor. Im Rahmen eines Diskussionsabends in Brüssel und in Anwesenheit zahlreicher Sozialpartner bekräftigte die CESI ihr großes Engagement zugunsten starker, moderner und auf die Bedürfnisse der Nutzer ausgerichteter öffentlicher Dienste.

Das zweite Projekt befasste sich mit dem Thema „[Mobilität der Arbeitskräfte im Gesundheitswesen innerhalb der Europäischen Union](#)“ (Riga). Auf der Grundlage des von der Europäischen Kommission im Jahre 2008 veröffentlichten Grünbuchs über Arbeitskräfte des Gesundheitswesens in Europa sowie im Rahmen einer engagierten Partnerschaft mit dem Ständigen Ausschuss für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Europa (HOPE) trug die CESI zum Austausch über die Mobilität von Beschäftigten im Gesundheitswesen innerhalb der Europäischen Union bei, indem sie ihr Engagement für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer unter Beachtung einer an ethischen Grundsätzen orientierten Personalbeschaffung hinwies, um keine geografischen Ungleichgewichte im Bereich der innerhalb der EU tätigen Beschäftigten im Gesundheitswesen zu erzeugen. Im Rahmen dieses Projekts erinnerte die CESI auch daran, dass die Schaffung attraktiver Beschäftigungsbedingungen im Gesundheitsbereich für die Erbringung qualitativ hochwertiger Pflegedienstleistungen unerlässlich ist, da sie einen Pfeiler des Europäischen Sozialmodells darstellen. Neben der Fragestellung der Entlohnung muss dabei auch den Problemstellungen der Arbeitszeit, der Vereinbarung von Berufs- und Familienleben, der Weiterbildung sowie der Thematik Stress am Arbeitsplatz Rechnung getragen werden.

Im Jahr 2011 wurden zwei Projekte durchgeführt. Das erste fand in Form einer Fachtagung mit dem Titel „[Förderung der Vielfalt im öffentlichen Dienst innerhalb der Europäischen Union](#)“ (Amsterdam) statt. Darin setzte sich die CESI unter anderem mit dem Zugang von Frauen zu leitenden Positionen in den öffentlichen Diensten in Europa, der Rekrutierung von Mitarbeitern mit einer Behinderung sowie mit Arbeitsplätzen für Personen mit Migrationshintergrund auseinander. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, sich mit diesen Fragestellungen zu befassen, da ihnen eine wichtige Rolle bei der Überwachung von Diskriminierungen am Arbeitsplatz und der Förderung der Chancengleichheit zukommt.

Das zweite Projekt zum Themenbereich „[Öffentlicher Dienst und Integration von Migranten in die Europäische Union](#)“ (Wien) stellte sich wiederum die Frage nach der Rolle der Angestellten der öffentlichen

Dienste bei der Aufnahme und der Integration von Migranten. Im gesamten Verlauf dieses Projekts konzentrierte die CESI ihre Arbeiten auf die Aufgaben, die Ressourcen und die Bedürfnisse der Angestellten im öffentlichen Dienst hinsichtlich ihrer Beziehung zu den Migranten und legte ihr Hauptaugenmerk dabei auf die Rolle der öffentlichen Dienste bei der Integration von Migranten sowie eine praxisorientierte Ausrichtung der Arbeiten aller Beteiligten darunter auch die Mitglieder der CESI, in diesen Integrationsprozess.

Im Jahr 2012 wurden zwei Projekte durchgeführt: Eines befasste sich mit der „[Qualität der öffentlichen Dienste vor dem Hintergrund der in Protokoll 26 EUV/AEUV verankerten Werte](#)“ (Warschau). Eine von Pierre Bauby durchgeführte Studie sowie ein Seminar sollen die Bedeutung der sechs „gemeinsamen Werte“, die allen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemein sind, verdeutlichen. Hierbei handelt es sich um ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Finanzierbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte. Die CESI konnte im Rahmen dieses Projekts auf den Sachverstand zahlreicher Mitglieder der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Öffentliche Dienste“ des Europäischen Parlaments zurückgreifen.

Das andere in diesem Jahr durchgeführte Projekt steht ganz im Zeichen der „[Förderung der transnationalen administrativen Zusammenarbeit in Europa](#)“ (Luxemburg), die ein grundlegendes Element des Binnenmarktes darstellt, der im Jahr 2012 sein 20-jähriges Bestehen feiern kann. Die Entwicklung einer Kultur der transnationalen Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene erfordert Bildung und Öffnung gegenüber unterschiedlichen nationalen Verwaltungskulturen und ihrer Besonderheiten. Die Seminare der CESI-Akademie Europa engagieren sich aktiv in diese Richtung.

Im Rahmen ihrer Arbeiten legt die CESI-Akademie Europa ein ganz besonderes Augenmerk auf eine kohärente Abstimmung der jeweiligen Themen und Austragungsorte der Fachtagungen und dankt in diesem Zusammenhang den verschiedenen Mitgliedsorganisationen für ihre Unterstützung und ihre Gastfreundschaft.

Mitgliedsorganisationen

ALE	Autonome Lokomotivführer-Gewerkschaften Europas	 Europa
ANP	Associação Nacional de Professores	 Portugal
ANPE	ANPE Sindicato Independiente	 Spanien
BLC	Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst	 Deutschland
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund	 Deutschland
CGFP	Confédération Générale de la Fonction Publique	 Luxemburg
CISAL	Confederazione Italiana Sindacati Autonomi Lavoratori	 Italien
CONF.S.A.L.	Confederazione Generale dei Sindacati Autonomi dei Lavoratori	 Italien
CSEN	Confédération Syndicale de l'Education Nationale	 Frankreich
CSI-F	Central Sindical Independiente y de Funcionarios	 Spanien
CSN MERIDIAN	Confederatia Sindicala Nationala Meridian	 Rumänien
dbb	dbb beamtenbund und tarifunion	 Deutschland
EUROFEDOP	European Federation of Public Service Employees	 Europa
FA-FPT	Fédération Autonome de la Fonction Publique Territoriale	 Frankreich
FASGA	Federación de Asociaciones Sindicales	 Spanien
FF	Frie Funktionærer	 Dänemark
FGAF	Fédération générale Autonome des Fonctionnaires	 Frankreich
FGFC	Fédération Générale de la Fonction Communale	 Luxemburg
FISP-IFOD	Fédération intercatégorielle Services Publics	 Belgien
LĀADA	Latvijas Ārstniecības un aprūpes darbinieku arodbiedrība	 Lettland
LVIPUFDA	Latvijas valsts iestāžu, pašvaldību, uzņēmumu un finanšu darbinieku arodbiedrība	 Lettland
MKKSZ	Magyar Köztisztviselők, Közalkalmazottak és Közszolgálati Dolgozók Szakszervezete	 Ungarn
NCF	Nederlandse Categorieale vakvereniging Financiëndie	 Niederlanden
NSD MUP-a	Nezavisni Sindikat Djelatnika Ministarstva Unutarnjih Poslova	 Kroatien
Promyana	Promyana	 Bulgarien
TVML	Tullivirkamiesliitto - Tulljänstemannaförbundet r.y	 Finnland
UFCFP-CGC	Union Fédérale des Cadres des Fonctions Publiques-CGC	 Frankreich
UNSP-NUOD	Union Nationale des Services Publics	 Belgien
USI	União dos Sindicatos Independentes	 Portugal
VKB	Vereinigung der Kader des Bundes	 Schweiz
WZZ-SO	Wolny Związek Zawodowy "Solidarność Oświata"	 Polen
ZV	Zentralverband Öffentliches Personal Schweiz	 Schweiz

Beobachter

DBwV	Deutscher BundeswehrVerband	 Deutschland
------	-----------------------------	---

**Europäische Union
Unabhängiger Gewerkschaften**

Avenue de la Joyeuse Entrée 1-5, b.5
B-1040 Bruxelles

T: +32 (0) 2 282 18 70

F: +32 (0) 2 282 18 71

Bilder : www.fotolia.com

Fotografie:

Eric Fosse

jorisvo

Lulla

aalin

Julien Eichinger

Design : www.inextremis.be

www.cesi.org



**Europäische Union
Unabhängiger Gewerkschaften**

Avenue de la Joyeuse Entrée 1-5, b.5
B-1040 Bruxelles

T: +32 (0) 2 282 18 70
F: +32 (0) 2 282 18 71

www.cesi.org